

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Verstellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 36.

Berlin, den 6. September 1908.

9. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Realpolitik. — Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.
Rundschau: Die Züricher Konferenz und die christlichen Ge-
werkschaften Kölns. Handwerker und Arbeitskammern. Ein volks-
rechtlicher Kurfürst. „Grundstein“-Weisheit. Gewerkschaftsgelder
zur Parteizwecke. Die Treppe hinaufgefallen. — **Wirtschaftliche
Bewegung.** — **Verbandsnachrichten:** Christburg. Frankenstein.
Friedrichshafen. Gagen. Magden. Köln-Sitz. — **Volkswirt-
schaftliches und Soziales.** — **Gerichtliches.** — **Von den
Arbeitsstellen.** — **Literarisches.** — **Bekanntmachung des
Verbandsvorstandes.** — **Bekanntmachungen.** — **Sterbetafel.**
— **Anzeigen.**

Realpolitik.

Tatsächlich sind unsere Mitglieder in der ersten Zeit
der Gewerkschaftszugehörigkeit Utopisten, wenigstens ihnen
geht dies wenig zum Bewusstsein kommt, und auch bei uns
geht es nicht an Leuten, welche ein Gebaren, das dem Kinde
wohl anstand, bis ins späte Mitgliedsalter beibehalten möchten.
Die meisten Arten von Utopisten haben wir, wie mich dünkt,
die einen will ich die harmlosen Schwärmer nennen. Sie sind
stolz genug, um der guten Sache willen, die ihnen alles ist,
ihren Kapitalismus preiszugeben und ihre eigenen An-
sprüche zurückzustellen, wenn es das Gemeinwohl erfordert.
Im Laufe ihres Lebens werden sie unsere besten Gewerkschaftler
werden. Eine gewisse Reue über die Schwierigkeit unserer
Reformarbeit und die engen Grenzen unseres Vermögens wird
sie nie verlassen. Anstatt lähmend zu sein, werden sie nur
zu Ansporn zu verdoppelten Anstrengungen werden. Ohne
zu geringfügig das Erreichte für das Beste zu halten und auf
künftigen Erfolge träge auszuruhen, werden sie doch stets warmes
Interesse für jede Bewegung haben, welche dem harten Kampf
der Gewerkschaften für die Arbeiter gewonnen ist. Mit einem
Wort möchten wir diese Leute dann die weitblickenden Praktiker
nennen.

Der selbstlose, tief veranlagte Utopist wird eben fast immer
zum weitblickenden Praktiker.

Die anderen jedoch sind vielleicht in den Grundgedungen
ihres Jugendideals weniger vornehm und zurückhaltend. Sie
meinen, daß vom Tage ihres Beitritts zur Organisation eine ganz
neue Gewerkschaftsära einsehen werde. Erst streiken, Streiks
gewinnen, sabelhafte Erfolge einheimen, die Unternehmer ver-
zichten, die Macht der Reaktion brechen, eine neue Gewerkschafts-
ordnung womöglich aufbauen — dann erst Beitrag bezahlen,
die Bewegung und die sozialen Zustände studieren, praktisch
lernen, sichtlich streben, kurz etwas leisten, so denken sie. Ober-
flächlich und selbstjüchtig, dabei aber wie jede Selbstjücht für die
eigene Person so schädlich wie für die Gesamtheit, ist ihr
soziales Wirken. Vom toten Utopismus und anspruchsvollsten
Idealismus sammeln sie nach dem ersten Mißerfolg, der ersten
kleinen Enttäuschung schon zurück, um halb im Winkel der Un-
zufriedenen zu verschwinden, aus dem sie gelegentliche Schmä-
hungen auf die fortwährenden Kollegen schleudern. Das sind
die gewerkschaftlichen Freunde im Wohlstand, welche in Zeiten der
Not die Organisation ebenso schnell verlassen, wie sie ihr früher
die Krone gerammt waren. Idealisten können es nie gewesen
sein, denn wahrer Idealismus hält im praktischen Leben Stand
und wächst mit der Schwierigkeit des Ringens. Es waren ein-
mal kurzzeitig Egoisten. Der Gewerkschaften sind sie wirk-
lich gefährlich. Sie gehören meist zu jenen, die jedwede Ge-
werkschaftsrichtung egoistisch ausnutzen wollen. Die Ver-
weigerungslinien sind nie sicher vor ihren maßlosen Ansprüchen,
die Organisationsbeamten haben nie Ruhe vor ihren Klagen und
Beschwerden der Unzufriedenen. Mit scharfer Kritik behan-
deln sie alles, was ihnen nicht sofort großen Vorteil bringt,
mit Vorwürfen überhäufen sie klug vorsichtige Gewerkschafts-
leiter, welche ruhig aber sicher arbeiten und das Gemeinwohl
über die Wünsche einzelner stellen. So sind sie der Verbands-
leitung äußerst unangenehm, ja, sie können sogar, besonders
wenn sie mit einer gewissen Rebege ausgestattet sind, die Diszi-
plin einer ganzen Organisation vorübergehend erschüttern. Bei
ihnen unerfahrenen Mitgliedern werden sie nur allzu leicht
gehört finden und zu ihnen gesellen sich die Unzufriedenen, Ge-
schicklichen aller Art. So wirken sie als Mitglieder gewerkschafts-
schädigend und ihr Austritt ist oft kaum beklagenswert. Leider
hört er aber doch den ruhigen gewerkschaftlichen Fortschritt,
wenn er die unglückselige Mitgliederfluktuation zeitigt. Jener
Weg Wechsel in der Mitgliedschaft erachtet eben nicht nur eine
deutliche Verbandsverwaltung und geregelte Massenführung,
sondern verleiht der Organisation auch noch außen hin leicht
das Gepräge einer unbestimmten Größe, einer ins Unendliche
verwachsenen Macht. Wie kann man z. B. beim Abschluß von
Tarifverträgen feste Garantien übernehmen, wenn man kein Ver-
trauen in die Gewerkschaftstreue und Vertragstetigkeit der eige-
nen Mitglieder hat? Wie kann man den Unternehmern mit
ihrem Heer imponieren, dessen Truppen stets wieder auseinander-
laufen? Wie kann man der öffentlichen Meinung die Not-
wendigkeit und Kulturbedeutung des Organisationsgedankens
vermitteln, wenn seine Vertreter selbst tagtäglich an ihm irre-
werden? Das ist das aller schlimmste, daß berartige Mitglieder
jede dann schamlosflüchtig werden, wenn die Gewerkschaft am
wichtigsten Punkt und geschloffen sein sollte. Zu Zeiten der
Not verlassen sie die Verbände in gleich verräterischer und
schlechter Rücksichtslosigkeit. Dadurch tragen sie dazu bei, daß
die Erfolge der guten Konjunktur schneller verloren gehen, als
erworbene wurden, und daß so das ganze Gewerkschaftsstreben
einem qualvollsten Spiel wird. Daß davon nicht nur die
eigenen Kollegen, sondern sie selbst in erster Linie auch Schaden
erleiden, leuchtet jedem Vernünftigen ein. Somit ist dies ge-
werkschaftsschädigende Verhalten zugleich eine Art sozialen Selbst-

mords. Hier zeigt sich, wie so oft im Leben, daß das sittlich
verwerfliche auch das selbstvernichtende ist. Wer also nicht
aus ethischen Gründen, aus Rücksichten wahrer Kollegialität
und von fortschrittlichen Prinzipien gedrängt die sozialwirt-
schaftlichen Tatsachen nimmt, wie sie nun einmal sind, und sich
notwendigen Enttäuschungen und Opfern aussetzt, der soll dies
wenigstens aus klugem Egoismus tun. Im Privatleben ist
man ja auch Realpolitiker, d. h. man wirft nicht alles über den
Haufen, wenn Schwierigkeiten auftauchen, sondern überwindet sie,
um nicht zugrunde zu gehen. Gerade so soll's auch im ge-
werkschaftlichen Leben sein. Die sozialen Mächte, welche der
vorbewusststrebenden Arbeiterklasse die Bahn verperren, sind
schlechterdings einmal vorhanden und sie werden nicht von selbst.
Die Zeit der Krise läßt sich z. B. dank trefflicher Unterstützungs-
einrichtungen leichter ertragen, ihre traurigen Folgen lassen sich
damit bis zu einem gewissen Grade vermeiden, die gewerkschaftliche
Depression ist aber doch vorhanden.

Wer ans Ziel des sozialen Fortschritts gelangen will —
und das ist Aufgabe jeder Gewerkschaft —, der muß sie einfach
mutig durchkämpfen und ertragen. Einer Organisation beitreten,
heißt deshalb nicht ihr durch die und dünn gehen; nur wer ihr im
Kämpfen und Entbehren zur Seite steht, wird künftige Siege und
Erfolge erringen helfen. Aber warum denn helfen, denkt mancher,
weshalb nicht einfach mitgehen, wenn die fetten Gewerkschafts-
jahre gekommen sind. Nun, wenn viele so dächten, so
wäre es mit der Möglichkeit des Genießens bald zu Ende.
Was heute an sozialwirtschaftlichen Arbeitererwerbungen vor-
handen ist, das ist von Menschen erzielt worden, die in Tränen
gejät haben. An ihrer freudigen Ernte beteiligen sich aller-
dings manche, die zur Saatzeit jezt fern blieben; aber es wird
ein neues Frühjahr, eine neue Zeit des Opfers kommen, und
wenn sie dabei nicht ihren Mann stellen, so wird die künftige
Ernte mager ausfallen. Jeder von uns wird in eine Gesell-
schaft und eine Familie hineingeboren, die früheres Streben
lebensfähig gemacht und bereichert hat. In der Kindheit zehrt
man an einem Wohlstand, den man nicht selbst mitgeerntet
hat, genießt man Staatseinrichtungen, für die man weder
Militärdienste leistete noch Steuern bezahlte. Was man aber
so gleichsam vorübergehende von den Eltern und der Gesell-
schaft empfangen hat, das soll man im Mannesalter treulich
wiedergeben. Das Kind, für welches gesorgt wurde, da es
hilflos war, wird einmal erwachsen wieder für hilflos, heran-
wachsende Wesen sorgen. So ist's auch im sozialen Leben.
Wir alle erfreuen uns gewerkschaftlicher und sozialpolitischer
Erfolge, die unsere Vorfahren im Kampf errungen haben, an
ihnen erstarben wir so, daß wir selber Kraft bekommen, für
künftige Generationen zu schaffen. Was die Vergangenheit
uns schenkt, wir müssen es der Zukunft wiedergeben, sonst wird
das soziale Leben bald verarmen und jeder Fortschritt stocken.

Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.

Arbeiter und Wirtschaftsmarkt. — Syndikatspolitik. — Nahrungs-
mittelpreise. — Zukunftsaussichten.

Daß gerade die Arbeiterklasse ein ganz wesentliches Interesse
an der Gestaltung des Wirtschaftsmarktes hat, ist eine Wissen-
schaftlichkeit, deren Hervorhebung eigentlich an dieser Stelle über-
flüssig sein sollte. Gleichgültigerweise sieht man dies denn auch,
wenigstens in den Kreisen der organisierten Arbeiterklasse, durch-
weg ein und läßt dies in einem entsprechenden Verhalten durch-
blicken, ganz besonders dann, wenn der Wirtschaftsmarkt, wie
gegenwärtig, darniederliegt, und die Organisationen durchaus
kein Interesse daran haben, ihre Tore zur Beobachtung durch
einen alle Zeit wachsamem und spionierlustigen Feind öffnen
zu halten. Unser „frei“ organisierten Kollegen ist nun aller-
dings zum zweiten Male in diesem Jahre das Maß der Passier-
ten Angeissen von gegnerischer Seite eine Woge dargeboten zu
haben (wir sehen hier von Kleinigkeiten ab, um nur ernsterer
Fälle zu gedenken), wie man das in unseren Tagen kaum noch
für möglich halten sollte. Einmal war es auf Seiten der „frei-
organisierten“ Mäler, die sich in ihrem Organ, also an exponier-
tester Stelle, einen Artikel leisteten, der einer ca canny-Taktik
das Wort rebete, und zwar zu einer Zeit, in der nicht
nur eine außerordentliche Geschäftsflaute ihr griesgrämiges Ge-
sicht zeigte, sondern in der auch der Abschluß von Tarifverträgen
vor der Tür stand, man zumindest also den Arbeitgeber gegenüber
kein Interesse daran hatte, eine unglückselige Raibität in
wirtschaftlichen Dingen an den Tag zu legen. Denn es leuchtet
doch ohne weiteres ein, daß, hätten die Arbeitgeber diesen Lapsums
nach Kräften ausgenutzt, die ganze organisierte Arbeiterklasse
einen empfindlichen Schaden davongetragen haben würde. Der
Vorliegende des Verbandes war denn auch vernünftig genug,
seinen Redakteur zu desavouieren. — Was aber soll man neuer-
dings zu der aller gewerkschaftlichen Disziplin ins Gesicht schla-
genden Haltung der Mäler auf der Swanwerst in Stuttgart sagen
— der Ausgang des Streites kommt hier weniger in Betracht? —
Sollte diesen Leuten tatsächlich so wenig gewerkschaftliche Er-
ziehung, wirtschaftlicher Weitsicht beigebracht worden sein, daß
sie sich der Folgen ihres Verhaltens nicht bewußt waren? Wussten
sie nicht, trotzdem es ihnen mit aller Eindringlichkeit zu Gemüte
geführt worden war, daß von ihrer Haltung das Schicksal, zum großen
Teile die Existenz, von etwa 40—50 000 Arbeitern abhängig war?
Daß somit eine ganz wesentliche Verschlechterung des ohnehin schon in graues Elend geschüllten
Wirtschaftsmarktes auf dem Spiele stand — von der Schädigung der
Organisation ganz zu schweigen? — Die Wechselwirkung ist doch
jedem Kinde klar: der aus der Beschäftigung getriebene Arbeiter
verliert ganz oder zu einem Teile seinen Verdienst, die ohnehin
durch die schlechte Zeit schon geschwächte Kaufkraft der Arbeiter-
schaft erfährt also eine weitere Schwächung, damit aber ver-
ringert sich das Einkommen einer ganzen Reihe weiterer; auf
diese Kaufkraft ganz oder zum Teil angewiesener Kreise, die ganz
naturgemäß weiteren Arbeitskräften gegenüber wieder eine Ein-
schränkung der Arbeitsgelegenheit vorzunehmen gezwungen sind
usw. Man kann's nehmen, wie man will; in letzter Linie ist der

Arbeitsmarkt und durch ihn der Arbeiter selbst immer der Ver-
tragende. Wenn die Zeiten und Dinge so liegen, ist mit hor-
rierter Steifnackigkeit versucht wenig zu erreichen! Ein Pochen
auf den Ruhm, seinen Kopf nicht gebeugt zu haben, ist unter
diesen Umständen Kindergezwäg. Eine vernünftige Gewerkschafts-
politik hat das berühmte „Mit dem Kopf durch die
Wand rennen“ längst für alle Zeiten überwunden. Wie könnte
übrigens die Arbeiterklasse nach solchen Vorgängen noch die
öffentliche Meinung gegenüber den Mißgriffen einer überpannen-
ten Syndikats- oder Kartellpolitik auf ihre Seite bringen wollen,
nachdem ihre eigene blinde Leidenschaftlichkeit dem Wirtschafts-
körper die für den Wunden geschlagen?

Und in letzterer Beziehung muß sich doch die Arbeiterklasse
in ihrem eigenen Interesse die öffentliche Meinung gewonnen
halten. Die Syndikatsgewaltigen sind nicht die Leute, sich durch
schöne Redensarten in ihrer Politik beirren zu lassen. Wenn
ihnen gegenüber etwas erreicht werden soll, dann muß die ganze
öffentliche Meinung mobil gemacht und veranlaßt werden, auf
die Regierung dahingehend einzuwirken, daß sie aus ihrer Re-
serve endlich heraustrete und trotziger Unternehmervollfür ein
Paroli biete. Gegen das Bestehen der Syndikats- und Kartelle
an sich wird kein vernünftiger Mensch etwas einzuwenden haben.
Dieselben können zweifellos auf die Regulierung der Wirtschafts-
lage einen günstigen Einfluß ausüben, wenn sie sich nicht selbst
überlassen bleiben, sondern durch eine scharfe Kontrollgesetzgebung
ihre Maßnahmen überwacht sehen. Daß es auf dem seither ein-
geschlagenen Wege nicht weiter gehen kann, geben selbst die den
genannten Verbänden zunächst stehenden Organe in letzter Zeit
unumwunden zu. Dem Fuß den Boden ausgeglichen hat das
Verhalten des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats. Die an-
deren Verbände haben sich wenigstens insofern als nicht ganz
mit Blindheit geschlagen erwiesen, als sie, dem unausgesehenen
Drängen ihrer Abnehmer Rücksicht tragend, ihre Preise
wenigstens in etwa, wenn auch lange nicht in genügendem Maße,
ermäßigten. Das Kohlsyndikat hat sich dadurch in keiner Weise
beirren lassen und schiebt den Wagen seiner unheilvollen Preis-
politik ruhig weiter an der stärker und stärker protestierenden
Menge vorbei, ja, über eine größer und größer werdende Zahl
verminderter Existenzen hinweg. Denn tiefer wie alle anderen
Verbände greift dieses Syndikat in das ganze Erwerbsleben
hinein. Mehr wie alle anderen wäre daher auch gerade dieses
verpflichtet, den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen. Hier wird
auf die Dauer die Gesetzgebung notgedrungen eingreifen
müssen, wenn nicht das ganze Wirtschaftsleben auf ganze Pe-
rioden hinaus einen unerklärlichen Schaden erleiden soll.

Wenn im vorstehenden an die auf die Gestaltung des
Wirtschaftsmarktes einwirkenden Faktoren die Mahnung erhoben
worden ist, sich eines die obwaltenden Verhältnisse berücksichtigen-
den Verhaltens zu befleißigen, so ist eine solche Mahnung auch
noch gegenüber einer anderen Bevölkerungsschicht am Platze.
Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ weist auf ein arges Miß-
verhältnis zwischen den Lebensmittelpreisen im Groß- und
Detailhandel hin. Während nämlich im Großhandel seit Monaten
eine nach unten gerichtete Preistendenz beobachtet werden kann,
zeigen die Detailpreise bisher keine Lust, von der unangelegenen
Höhe abzurücken; ja, an manchen Plätzen ist in jüngerer Zeit
sogar eine abermalige Verteuerung eingetreten. Fleischer und
Bäcker tun sich da ganz besonders hervor. Die genannte Zeit-
schrift bemerkt dazu mit Recht: Gerade gegenwärtig, wo die
Arbeitsgelegenheit und damit der Verdienst allgemein verkürzt
ist, wirkt das Ausbleiben von Preisermäßigungen im Detailver-
kehr äußerst nachteilig; der Verbrauch geht zurück, und bei zahl-
reichen Schichten der arbeitenden Bevölkerung leidet auch schon
die Ernährung. Daß die Nahrungsmittelpreise für die Konsum-
renten in letzter Zeit wieder gestiegen sind, das ergeben die fort-
laufenden Berechnungen über den Kostenaufwand für den
wöchentlichen Familienbedarf an Nahrungsmitteln. Diesen Be-
rechnungen sind möglichst in den einzelnen Plätzen Markthalen-
preise zugrunde gelegt. Im Durchschnitt von sieben Städten
stellten sich die Kosten für die wöchentliche Ernährung einer
vierteljährigen Familie in Mark wie folgt:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
1907	22,77	22,72	22,36	22,07	22,44	22,24	22,69
1908	22,42	22,44	22,47	22,68	22,97	23,02	23,20

Bis Februar dieses Jahres war die durchschnittliche Stan-
dardziffer niedriger als im Vorjahr. Vom März ab tritt aber
wieder eine Verteuerung ein, die durch die Bewegung der Groß-
handelspreise nicht zu erklären ist. Vor allem fällt für die
Verteuerung der Ernährung der erhöhte Preis ins Gewicht.
Im Juli vorigen Jahres kostete z. B. 1 Kilogramm Brot in
Danzig noch 20, im Juli 1908 aber 30 Pfennig. In Dresden
stieg der Brotpreis von 21 auf 24, in Stuttgart von 24 auf
27 Pfennig. Überall sind starke Preiserhöhungen eingetreten:
in kleinen Städten und Dörfern ebenso wie in Industriezentren
und Großstädten.

Die Korrespondenz gedenkt dann noch besonders der eigen-
artigen Entwicklung der Fleischpreise, die alles eher als die mit
Fug und Recht erwartete Verbilligung gebracht hätten. In
welcher Weise sich die für den Konsum ungünstige Entwicklung
der Detailpreise äußere, sei vorläufig schwer zu entscheiden.
Jedenfalls aber würde selbst in den Schichten der Bevölkerung,
die für die Ernährung auch im laufenden Jahre noch höhere
Ausgaben machen könnten, die Kaufkraft für andere Waren als
für Nahrungsmittel herabgedrückt. In weiten Kreisen der Ar-
beiterbevölkerung muß freilich auch der Verbrauch der teuren
Nahrungsmittel eingeschränkt werden, und hier ergibt sich dann
leicht aus einer Verschiebung in der Zusammenfassung der Ernäh-
rung auch eine Verschlechterung. Angesichts einer solchen Even-
tualität muß alles versucht werden, um das Niveau der Nahr-
ungsmittelpreise im Detailverkehr zum Weichen zu bringen.
Die Bewegung der Großhandelspreise und die Gestaltung des
Angebots auf dem Getreidemarkt rechtfertigen in keiner Weise
mehr eine Höhe der Detailpreise, wie sie 1906 und noch 1907
erklärlich gewesen sein mag.

So machen sich Wünsche und Forderungen überall geltend.
Wer heute von einer Beschäftigung mit der wirtschaftlichen Lage
auch nur einige Befriedigung erwartet, wird nicht auf seine

Rechnung kommen. Es muß das gesagt werden. Vertuschung oder gar Schönfärberei trotz alledem kann nur den Schaden noch größer machen. Vor einiger Zeit, als der Geldmarkt eine größere Flüssigkeit an den Tag zu legen begann, und die Bautätigkeit eine etwas regere werden zu wollen schien, konnten auch nüchternere Beobachter sich einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit kaum verschließen. Wer aber heute alle Chancen ruhig abwägt und alle Möglichkeiten mit objektiver Sachlichkeit prüft, wird an ein baldiges Ende der Krise nicht zu glauben vermögen. Wir werden vielmehr aller Voraussicht nach noch lange mit derselben zu kämpfen haben, und da ist es doch besser, sich früh genug entsprechend einzurichten, als sorglos in den Tag hinein zu leben. Von diesem Gesichtspunkte aus mögen insbesondere die Gewerkschaften ihre nächsten Aufgaben ansetzen und etwaige Forderungen aufstellen und begründen. Wenn sie dabei, sich ihrer Haut mehr, zu der Forderung gelangen, daß bei der Arbeitsvergebung zunächst einheimischem Angebot vor ausländischem Rechnung getragen werden müsse, so wird niemand in der Lage sein, die Berechtigung dieser Forderung anzuzweifeln oder gar zu widerlegen.

Rundschau.

Die Züricher Konferenz und die christlichen Gewerkschaften Kölns. In einer sehr stark besuchten Versammlung des christlichen Gewerkschaftsrates am 26. August im Reichspalast referierte Kollege Stegerwald über die Züricher Konferenz. Die Versammlung, die einen sehr regen Verlauf aufwies, nahm folgende Resolution an:

„Die Versammlung der christlichen Gewerkschaften Kölns erklärt sich mit dem Verlauf der Züricher Konferenz vollständig einverstanden. Die scharfen Ausführungen einzelner Redner, die teilweise nicht ganz korrekt und verschärft in der Presse wiedergegeben wurden und daher in Deutschland verschiedentlich eine mißverständliche Auffassung erfahren haben, wurde hauptsächlich verursacht durch die stete systematische Verleumdung der christlichen Gewerkschaften seitens Vertreter katholischer Fachabteilungen bei kirchlichen Behörden. Gegenüber etwaigen Unklarheiten über den Charakter der christlichen Gewerkschaften erklärt die Versammlung: Die christlichen Gewerkschaften sind unabhängige, selbständige Organisationen. Sie wurden geschaffen zur entschiedenen wirtschaftlichen Interessenvertretung derjenigen Arbeiter, die die Grundsätze der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung als mit ihren religiösen und bürgerlichen Überzeugungen unvereinbar halten. Mit der Schaffung von Sonderorganisationen zu den besagten Zwecken sind die christlichen Arbeiter Deutschlands weitergegangen, als alle übrigen Interessengruppen. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, daß die christlichen Arbeiter ihre Berufs- und Standesinteressen nicht vertreten wollen unter Beiseite-lassung und Gefährdung ihrer religiösen Überzeugung. Durch zehnjährige Erfahrung ist der Nachweis erbracht, daß neben der sozialdemokratischen nur die interkonfessionelle christliche Gewerkschaftsbewegung große Erfolge erzielt, sich dadurch das Vertrauen breiter Arbeiterschichten erworben und sich einen beachtenswerten Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu verschaffen vermocht hat. Die Versammlung fordert daher die christlichen Arbeiter Deutschlands auf, unausgesetzt an dem Weiterarbeiten der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. In die Arbeitskollegen des Auslandes richtet die Versammlung das Ersuchen, sich auf ähnlicher Grundlage, wie die christlichen Gewerkschaften Deutschlands, eine wirksame wirtschaftliche Interessenvertretung zu verschaffen.“

Die Resolution trifft das richtige. Aber die „Berliner“ werden weiter verfeinern. Ja, es soll der „seine Plan“ bestehen, eigens eine Person zu diesem Zwecke nach dem Rheinland zu dirigieren. Herr Richter hat ja schon einen Abstecker nach Köln gemacht. In den führenden Kreisen der „Berliner“ soll eine große Begeisterung für den „seinen Plan“, als den ihn Herr Dr. Journell bezeichnet haben soll, vorhanden sein. Die Kollegen am Rhein mögen wachsen sein, die „Berliner“ Schleicher arbeiten nicht offen, aber um so schlimmer wirken ihre geheim abgeschlossenen vergifteten Pfeile. Die ganze traurige Mißere dieser Tätigkeit tritt in dem Berliner Vereinsleben politisch wie religiös Natur zutage.

Handwerker und Arbeitskammern. In der Diskussion über den Arbeitskammergesetzentwurf der Regierung ist eine fast allgemeine Ablehnung desselben auf Seiten der Arbeitgeber zu verzeichnen. Sie plädieren für Arbeitskammern, und dokumentieren damit einen prinzipiellen Gegensatz. Die Großindustrie gab, wie zu erwarten war, den Ton an, und die anderen in der Kleinindustrie usw. kamen nach. Erstere hat ja auch bei ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den Gewerkschaften und Verhandlungen mit denselben, von paritätischen Arbeitskammern mehr zu fürchten, wie von reinen Arbeiterkammern. Rummel hat auch das Handwerk zu der Frage Stellung genommen. Der 9. deutsche Handwerks- und Gewerbetag, der am 24. Aug. und 25. in Breslau stattfand, nahm folgende Resolution an:

„Der 9. deutsche Handwerks- und Gewerbetag erweist die Bundesregierung, dem Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitskammern die Zustimmung im Bundesrat zu versagen, weil die Interessen des Handwerks und seiner gewerblichen Organisationen durch das Gesetz gefährdet werden würden und zwar, weil das Gesetz das Handwerk ausschließt und dadurch begründete Berücksichtigung gibt, die Streitfrage „Fabrik und Handwerk“ noch mehr als bisher zu Ungunsten des Handwerks zu beeinflussen, weil das Gesetz trotz der Ausschließung des Handwerks, die in den Berufsvereinigungen vertretenen Handwerker an der Spitze der Arbeitskammern beteiligt und die Möglichkeit offen läßt, die Aufgabe für einzelne, auch handwerkswidrige Gewerkschaften zu lösen, ohne dem Handwerk Einfluss auf die Entscheidung zu gestatten.“

Der in dieser Resolution geltendgemachte Widerspruch besteht. Durch die Berufsvereinigungen würde das Handwerk zu den Funktionen der Arbeitskammern hinzugezogen, obwohl es diesen nach dem Gesetzesentwurf gar nicht unterstellt sein soll. Auch die übrigen Bestimmungen des Gesetzes über die Handwerkskammern sind nicht von der Hand zu weisen. Die Handwerker können die Arbeitskammern nicht prinzipiell ablehnen, es sei ihnen gleich, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern eingerichtet werden, so wurde in der Diskussion hervorgehoben, wenig nur die Handwerker nicht wieder die Kosten zu bezahlen hätten. Ein auf Arbeiterkammern abzielender Antrag wurde zwar abgelehnt. Leider konnte es sich der Referent über den Namen des Gesetzes, Dr. Schellen (Münster), nicht verlassen, die Arbeiter der Tarifstreiks zu bezeichnen, die Handwerker aber als die alleinigen Tarifstreikenden hinzustellen. Wenn es nur das Wissen des Herrn Dr. Schellen nicht besser bestellt ist, dann verziehen wir uns eine Ausweichung mit ihm. Wir legen die angeführte Behauptung zur Referat.

Ein volkswirtschaftlicher Ausschuss, beauftragt von der freien katholischen Konferenz (einer Vereinigung evangelischer, sozialistischer, sozialistischer Parteien), findet am 4. bis 11. Oktober in Berlin statt. Angehört werden etwa 40 Teilnehmer und werden die wichtigsten der Agitations- und Organisationsarbeit der christlichen Arbeiterbewegung berührt werden. Von den Teilnehmern wird erwartet, daß sie ihre ganze Kraft in die Vorbereitung legen und sich in der Zeit des

Kursus als Lernende fühlen und die Weisungen der Kursusleitung befolgen. „Nur Persönlichkeiten“, so heißt es in dem Vorkurs, „die gewissenhaft, uneigennützig, intelligent und ausdauernd sind, kann die Ehre solcher Ausbildung zuteil werden.“ Mitglieder des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften und des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine haben, wenn die Anmeldung durch eine dieser beiden Organisationen erfolgt, ohne weiteres Aufnahme. Die Teilnahme am Kursus ist kostenlos. Die Ausgaben für Wohnung und Verköstigung betragen etwa 1,75 M täglich, dazu kommen noch 10-15 M Taschengeld. Die Zulassung zum Ausbildungskursus ist bei dem Generalsekretariat der kirchlich-sozialen Konferenz Berlin N. 31, Verköstigungsstr. 1 bis spätestens 15. September zu beantragen.

„Grundstein“-Weisheit. In seiner Nummer 35 bringt der „Grundstein“ einen Artikel über christliche, gelbe und freie Gewerkschaften, den seine kleinen und großen Ableger getreulich nachdrucken. Die darin aufgetischte Weisheit interessiert uns ja weniger; denn wenn das gleiche Ragout immer und immer wieder aufgetischt wird, wird es darum doch nicht schmackhafter. Nur eins interessiert uns in dem Artikel, nämlich die Behauptung: „Sie (die Christlichen) sind es, die dem Unwesen der „gelben“ Gewerkschaften die Wege geebnet haben.“ „So macht man Stimmung“, hat jedenfalls der „Grundstein“ gedacht, und um das Unwahrscheinliche wahrscheinlicher zu machen, verbrämt er seine Behauptung mit allerlei Zutaten:

„Diese (die „Gelben“) vom Unternehmertum betriebenen Gründungen beruhen im wesentlichen genau auf denselben Anschauungen und Tendenzen, die ursprünglich in den christlichen Gewerkschaften die maßgebenden waren: der Arbeiter soll sich dem „Wohltun“, dem „Gerechtigkeitsstimm“ des Unternehmertums anvertrauen, dessen Autorität sich fügen und mit ihm stets in friedlichem Einvernehmen leben.“

Wer so wenig Kenntnis von den Verhältnissen, die zur Gründung der christlichen Gewerkschaften führten, hat, mit dem diskutiert man ja am besten nicht. Es sollte ja allerdings auch einem „Grundstein“-Redakteur bekannt sein, daß die christlichen Arbeiter, die die Gründung der christlichen Gewerkschaften in die Wege leiteten, wohl eine entschieden wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter wollten, auch daß dies in einer einheitlichen Organisation am wirksamsten geschehen könne. Das scheiterte jedoch an der religions- und christentumsfeindlichen Haltung der freien Gewerkschaften, die zudem in sozialdemokratischem Fahrwasser segelten! An eine Ablehr war nicht zu denken, und da wir nicht so vertrauensselig waren wie ein Dr. Kaumann, deshalb die Gründung der christlichen Gewerkschaften. Doch das nur nebenbei. Worauf es dem „Grundstein“ hauptsächlich hätte ankommen sollen, das übergeht er, nämlich, in welche Domänen die ersten Gründungsversuche der Gelben fielen, und wo sie am zahlreichsten vertreten sind. Weht er auf diese Frage ein, dann wird er zugeben müssen, daß das nicht auf die christlichen sondern auf die roten Domänen zutrifft. Und die Moral von der Geschicht? Wenn denn schon das böse Beispiel Geltung haben soll, warum nicht auch das der Sozialisten, und dann kennt der „Grundstein“ doch auch den Leipziger Buchdruckerstreik, und unter weissen Unterstützung sich dieser vollzog. Von anderen ganz abgesehen. Liebliche Erinnerungen weckt in uns das „stets in friedlichem Einvernehmen“ (mit den Unternehmern) leben. Haben wir uns da über den Schall im „Grundstein“ gefreut. Ja, ja, man muß gemeinschaftlich mit den roten Führern, ganz besonders mit denen, die dem roten Bauernverband angehören, und den Unternehmern verhandelt haben, erst dann begreift man die Selbstironie des „Grundstein“. Diesen Führern ist nämlich das „gute Einvernehmen“ mit den Unternehmern — das dies oder das besonders in letzterem ihrem Interesse liege — so geläufig, daß sie schon des öfteren eine bessere Note wie die Christlichen von den Schafmachern heimtragen. Was nur „die Phrasologie“ den Unternehmern gegenüber? Nach dem „Grundstein“ könnte man es annehmen, aus ihrem Handeln erwuchs etwas anderes. Diesen Zwiespalt bezeichnet man als Zweifelslehre, und das klingt nicht ehren. Außer diesem und noch anderem hängen wir daher den Wunsch des „Grundstein“ samt seiner Ableger und Nachbeter, die Christlichen möchten ihre Sonderorganisationen aufgeben und sich den „freien“ Gewerkschaften anschließen, zu den anderen in den Schornstein. Zudem wissen wir, „der Fuchs wechselt den Balg, nicht die Sitten“.

Auf der gleichen „geistigen Höhe“ steht in der nämlichen Nummer des „Grundstein“ eine Bemerkung über Herrn Dr. Braun (M.-Gladbach) wegen seiner Rede auf der Düsseldorfer Katholikerversammlung. Das Blatt sagt:

„Dr. Braun mag sich dieses Verfahren, ein Religionsbekenntnis für die wirtschaftliche Entwicklung in Anspruch zu nehmen, patentieren lassen.“

Ganz recht, und als Patentamtsfunktionäre auf der einen Seite Kanitz und Farbus, und auf der anderen Schippel und Kolver. Da könnte etwas Rechtes herauskommen. Die „Weissen“ des „Grundstein“ werden allerdings dann logischerweise ihren seither vertretenen Standpunkt, daß uns im Sozialismus der Fortschritt liege, revidieren müssen.

Gewerkschaftsgelder für Parteizwecke. Im diesjährigen Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg heißt es auf Seite 55: „Neben den Erträgen von Einzelansammlungen erhielt im vorigen Berichtsjahr die Parteikasse allein von den Gewerkschaften in den Monaten Dezember und Januar 41 500 M.“

Ob diese Summen nicht besser während der jetzigen Krise zugunsten der arbeitslosen oder gemäßigten Gewerkschaftler, oder zur Abwehr mancher Lohnherabsetzungen benutzt werden könnten? Und der Daul der sozialdemokratischen Partei? Unter der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus befindet sich nicht ein einziger, der eine führende Stellung innerhalb der sogenannten freien Gewerkschaften einnimmt. Als Agitationsgruppen und zu Straßendemonstrationen kann man die „freien“ Gewerkschaften gebrauchen; aber ihre eingezahlten Groschen quittiert man dankend; bei Vergeltung der Landtagsmandate schießt man ihre Vertreter rücksichtslos beiseite. Daher der Name „Arbeiterpartei“.

In eine Reihe damit gehört, wie wir der „Leipziger Volkszeitung“ über eine Versammlung des Zweigvereins Taucha vom roten Bauernverband entnehmen, daß ein gemeinsamer Antrag auf Ausschluss aus dem Verband, weil einige nicht den 1. Mai gefeiert hatten, aber auch nicht die zwei Drittel ihres Lohnes an dem Tage, das bis 3,60 M, herabsetzen wollten, mit nur 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde. Schickte ihnen ganz recht.

Die Treppe hinuntergefallen ist der aus dem Prozeß zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband (sozialdemokratisch) und dem Solinger Industrieverband (irridualistisch) bekannte Max Sembler. Der „Stahlwarenarbeiter“, das Organ des Solinger Industrieverbandes, schreibt in seiner Nr. 33:

„Ein Abstieg mit Freuden. Max Sembler ist gegangen; der Prozeß seines Vorhanges mit dem „Stahlwaren-Arbeiter“ hat ihn in Solingen unmöglich gemacht — in Solingen, nicht im Metallarbeiterverband. Von Solingen ging Sembler nach Weisberg, von Weisberg wieder nach Solingen, nur jetzt im Hagen eines Vorhanges in Stuttgart zu landen. Esgerren Herzens wird der Vorstand sich entschlossen

haben, Solingen endlich von Sembler zu befreien, und wäre es dazu nicht gekommen, wenn nicht von anderen ungewöhnliche Winke gegeben worden wären. Sembler diese Wendung keineswegs bebauern, denn mit seiner Niederlage nach Stuttgart eröffnet sich ihm ganz Deutschland als Tätigkeitsfeld, ohne dabei gezwungen zu sein, sich zu vernachlässigen. Sembler ist ein Genie, das muß ihm Weisheit lassen, und sein Vorstand wird manches von ihm können. Ob die Metallarbeiter Deutschlands sich diese gefallen lassen, ist eine andere Frage.“

Ueber solche „Zwischenfälle“ stolpert man nicht, denkt falls der Deutsche Metallarbeiterverband, zumal es ja in Interesse geschah. Deshalb sieht auch die Verlegung ein Lösung für gute Dienste verweist ähnlich.

Wirtschaftliche Bewegung

Zug fernhalten: Weisberg i. G., Aussperrung (Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Godesberg a. Rh., Sperre die Firma Wefen, Lauringen, Sperre über die Firma Schönlaube, Sperre über Zimmerplatz Gebhardt, Berra Düsseldorf, Sperre über die Firma Jensen, Sperre über die Hellmann aus Hilden an dem Bau der Diakonissenanstalt, Haulen und Salzag, Streif der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter, Straßburg i. G. (Cipier), Weidenburg (Maurer und Zimmerer), Kirchvorbis (Maurer), Casrop (Maurer).

Geschäftsordnung für die Schlichtungskommission.

Zwischen den Zentralvorständen der beiderseitigen Organisationen, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, wurde nachfolgendes Muster der Geschäftsordnung für die Schlichtungskommission vereinbart:

Die Schlichtungskommission, welche auf Grund der Bestimmungen des § 8 des zwischen dem . . . und den in dem kommenden Arbeitnehmerorganisationen am . . . abgeschlossenen Tarifvertrages gebildet worden ist, setzt folgende Geschäftsordnung fest. Die Mitglieder der Kommission sind verpflichtet die darin enthaltenen Bestimmungen treu und unverbrüchlich im Sinne des Tarifvertrages einzuhalten.

§ 1. Aufgaben der Schlichtungskommission. Die Schlichtungskommission hat: 1. darauf zu achten und zu sorgen, daß die Bestimmungen des Tarifvertrages eingehalten werden, 2. etwaige in dem Geltungsbereich des Tarifvertrages entstehende Meinungsverschiedenheiten Streitigkeiten zu schlichten oder zu erledigen. Die Zustanzsetzung der Schlichtungskommission wird bestimmt durch § 8 des Tarifvertrages.

§ 2. Obmann. Jede Partei wählt aus ihrer Mitte einen Obmann und einen Stellvertreter des Obmannes, w im Behinderungsfalle an dessen Stelle tritt. Die beiden Obmänner bilden den Vorstand der Kommission.

§ 3. Vorsitzender. Der Vorsitz in der Kommission bei Sitzungen und Verhandlungen führt der Obmann der Arbeitgeberseite oder dessen Stellvertreter. Er beruft nach Einberufung mit dem Obmann der Arbeitnehmerseite die Sitzungen der Kommission ein und hat für die parlamentarische Führung der Verhandlungen Sorge zu tragen. Die Sitzungen finden nach Regel nach Feierabend statt.

§ 4. Schriftführer und Protokoll. Sitzungsprotokoll, welches kurz den Gang der Verhandlung feststellt, Anträge und die gefassten Beschlüsse enthält, wird von einem Arbeitgeber oder von einem dazu bestimmten Beamten des Arbeitgeberverbandes geführt. Es unterliegt der Genehmigung der Kommission und wird zum Zeichen des Verständnisses von den beiden Obmännern und dem Schriftführer unterzeichnet. Das Protokollbuch wird in dem Bureau des Arbeitgeberverbandes aufbewahrt, doch soll den Vertretern der Arbeitnehmer jedesmal Abschrift des genehmigten Protokolls ausgehändigt werden.

§ 5. Verfahren. Wünscht eine Partei die Abhaltung einer Kommissionsitzung, so hat sie dies durch ihren Obmann dem Obmann der anderen Partei anzuzeigen. Die beiden Obmänner haben nach Eingang des Antrages innerhalb . . . eine Sitzung einzuberufen; jede Partei ladet ihre Mitglieder nach Ansicht des Vorsitzenden zur Klarstellung des Sachverhalts Ermittlungen erforderlich, so sind dieselben voranzustellen. Die Parteien sind berechtigt, zu den Kommissionsitzungen Auskunftspersonen mitzubringen; etwa hierdurch entstehende Kosten tragen die beteiligten Organisationen für Mitglieder. Die Zentralvorstände sind berechtigt, an den Sitzungen der Schlichtungskommission mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 6. Die Kommission ist beschlußfähig, wenn von jeder Partei mindestens . . . Vertreter anwesend sind. Auf Antrag kann unter gemeinsamer Zustimmung hiervon Abstand genommen werden, und die Beschlußfähigkeit der Kommission bei einer geringeren Anzahl von Vertretern eintreten, jedoch nur von dem zu Fall. Die Beschlußfassung geschieht mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gilt der Gegenstand als genehmigt.

§ 7. Bei Abstimmungen dürfen sich von einer Partei . . . so viel Vertreter beteiligen, als von der anderen Partei . . . Vertreter anwesend sind. Bei dem Abstimmenden ausbleiben soll, scheidet die betreffende Partei.

§ 8. Vertagung. Die Schlichtungskommission kann eine Sache zur weiteren Aufklärung, Beweishebung usw. vertagen; die Vertagungsfrist wird von Fall zu Fall festgelegt.

§ 9. Unterkommission. Um Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schneller zu erledigen, können auf Antrag je ein bis zwei Mitglieder der Kommission Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite — gemeinsam als Unterkommission nach vorheriger Benachrichtigung des Bauaussehenden und mit dessen Genehmigung auf dem betreffenden Sachverhalte die Ursache der Streitigkeiten zu ergründen und diese selbst schlichten suchen. Den Mitgliedern der Unterkommission werden Legitimationskarten ausgehändigt.

§ 10. Gelangt es der Unterkommission nicht, den Streit zu schlichten, so ist sofort — spätestens aber in . . . Tagen eine Sitzung der Vollkommission einzuberufen.

§ 11. Ueber jede Unterzuchung in einem Streitfalle die Unterkommission ein kurzes Protokoll aufzunehmen, von den betreffenden Kommissionsmitgliedern, im Falle einer Einigung auch von den streitenden Parteien zu unterschreiben. Die beteiligten Organisationen erhalten von dem Protokoll Abschrift.

§ 12. Infranzug. Kann die Schlichtungskommission den Streit nicht schlichten, so unterliegt gemäß § 8 des Tarifvertrages die weitere Bearbeitung des Streitfalles . . . endgültig entscheidet. Wenn eine Partei mit dem Schiedsprotokoll der Schlichtungskommission nicht einverstanden ist, so kann innerhalb . . . Tagen die höhere Instanz anrufen.

§ 13. Änderungen der Geschäftsordnung unterliegen dem Beschluß der Schlichtungskommission.

Beitrag Frankfurt a. M.

Montabaur. Nach 16tägigem schwerem Kampfe ist Streik bei der Volat-Eisenbeton-Gesellschaft am Konwit-Neu siegreich beendet und die Arbeit am Montag, den 24. b., wieder aufgenommen worden. Erreicht wurde für Maurer und Zimmerer (letzte Einhalter) das was gefordert wurde, nämlich 5 Pf. für Betonarbeiter 3 Pf. Lohnaufbesserung. Der Streik für Spei- und Steinträger soll eine entsprechende Aufbesserung

*) Ausschneiden und aufbewahren.

erfahren. Eine bestimmte Lohnhöhe konnte für diese Gruppe... Arbeiter darum nicht festgelegt werden, weil die meisten derselben noch in einem sehr jugendlichen Alter stehen...

Bezirk Köln.

Solingen. An der Fürsorgeerziehungs-Anstalt am Halbeshof... An der Firma Fischer aus Solingen ausgeführt, und da dieselbe nicht dem Arbeitgeber...

vorschob, um die wahre Absicht, die Christlichen verschwinden zu lassen, zu verschleiern. Es ist ebenso eine Unverantwortlichkeit, auf diese Weise mit den Bausperrern Sport zu treiben...

Bezirk Hannover.

Niederrhein, 28. August. Vom Dienstag, den 25. ab liegen die Kollegen der hiesigen Verwaltungsstelle mit dem Baugewerksmeister Ballhaus im Lohnkampf...

Bezirk Bohum.

Kastrop. Bekanntlich ist zwischen den Arbeiterorganisationen und dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe ein Tarifvertrag abgeschlossen, der für das Lohngebiet Witten-Kastrop eine Erhöhung des Lohnes von 42-52 auf 45-55 Pf. pro Stunde vorsieht...

Bezirk Königsberg i. Pr.

Meidenburg. Die hiesigen Unternehmer beharren noch immer auf ihrem bisherigen Standpunkt und wollen mit der Leitung des christlichen Verbandes nicht in Verhandlungen treten...

ist gut und so besteht die beste Hoffnung, die Unternehmern ihren verkehrten Standpunkt abzugeben. Verhandlungen sind unsererseits von neuem in die Wege geleitet...

Bezirk Münster.

Hagen bei Dänabrid. In einer am 16. August in Hagen stattgefundenen Mitgliederversammlung unseres Verbandes sollte endgültig Stellung genommen werden zu der in diesem Frühjahr an die Arbeitgeber gerichteten Forderung...

Bezirk München.

Lindau. Der am 1. Juli zu Ende gehende Tarifvertrag für das hiesige Zimmerergewerbe wurde am 22. Mai seitens der hiesigen Zimmermeister gekündigt...

Kempten.

Der Tarifvertrag im hiesigen Zimmerergewerbe, der am 1. Mai zu Ende ging, wurde auf ein Jahr verlängert. Der Lohn wurde um einen Pfennig pro Stunde erhöht...

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Arbeiterchaft die Erkenntnis, diese Mißstände zu beseitigen. Am 9. August fand in der „Erholung“ eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Krüger als Einberufer begrüßte die Kollegen und wies in kurzen Worten auf den Zweck der heutigen Versammlung hin. Hierauf erteilte er dem Kollegen Müller aus Danzig das Wort, welcher in verständnisvoller Weise den Anwesenden die Notwendigkeit der Berufsorganisation darlegte. Die Anwesenden erklärten sich mit dem Referenten einverstanden und traten dem Verband bei. Nur so können in Christburg die schlechten Verhältnisse gebessert werden, wenn alle geschlossen eintreten in den Zentralverband christlicher Bauhandwerker. Die vorgenommene Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Wilhelm Gloger, 1. Kassierer Wilhelm Krüger, Schriftführer Emil Sperling. Nach Erledigung wichtiger geschäftlicher Angelegenheiten konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Frankenstein (Schl.). Unsere Zahlstelle, die voriges Jahr gegründet wurde, war bis auf einige Kollegen zusammenschmolzen. Dieses Jahr hat auch der freie Maurerverband mit der Agitation hier eingesezt. Mehrere Agitatoren aus Langenbielau waren öfters hier und wurde eine Zahlstelle hier errichtet. An der ersten Versammlung wollte Schreiber dieser Zeilen teilnehmen, es wurde aber die vielgepriesene Freiheit der freien Gewerkschaften in die „Praxis“ umgesetzt und mir erklärt: es wäre Mitgliederwerbung; andere hätten da keinen Zutritt. Ja, die Christlichen wollen überall hin. Der freie Maurerverband möchte sich doch sagen, daß Aufklärung unter den Maurern die Hauptaufgabe ist. Aber die scheint man nicht zu wollen, aus uns leicht erklärlichen Gründen. Nun gut! Wir werden trotzdem dafür sorgen und zeigen, wohin die Reise im sozialdemokratischen Verbands geht. Am 18. August war unser neuer Bezirksleiter, Kollege Pfeffer aus Breslau, zu einer Besprechung hier erschienen. Er hat uns Fingerzeige gegeben, wie wir in Zukunft mit der Agitation einsehen sollen. Vor allem Hausagitation; jeder Kollege muß in der Wohnung aufgesucht werden. Darum, christlich gesinnte Bauhandwerker von Frankenstein und Umgebung, euer Platz ist im christlichen Verbands. Organisiert euch zur Verbesserung eurer Lage.

Friedrichshafen. In einer öffentlichen Versammlung referierte Kollege Wott (Karlruhe). Er legte den Kollegen die Pflichten ans Herz, die sie als Gewerkschaftler zu erfüllen haben. Auf der Tagesordnung stand: 1. Neuwahl des Vorstandes, 2. Festlegung des Versammlungsortes und der Versammlungstermine. Aus der Wahl gingen hervor die Kollegen A. Späth (Waggerhausen) als Vorsitzender, A. Steible (Friedrichshafen), St.-Georgenstraße) als Kassierer und M. Schuler (Schnezenhausen) als Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Kollegen Buchmeier (Schnezenhausen) und Seberle (Friedrichshafen) bestimmt. Möge nun der neu gewählte Vorstand mit Feuereifer seine Pflicht erfüllen, ebenso aber auch die übrigen Mitglieder. Wir müssen unsere Verwaltungsstelle auf die erforderliche Höhe bringen, damit wir zu geeigneter Zeit mit entsprechenden Forderungen an die Unternehmer herantreten können. Und für das Jahr 1909 scheint eine sehr gute Baukonjunktur für Friedrichshafen bevorzustehen. Lassen wir daher die Zeit nicht unbenuzt vorübergehen, lassen wir uns aber auch nicht durch die Drohungen eines Unternehmers, der zu einem unserer Kollegen meinte, er wolle uns den Verband schon vertreiben, von der Organisation abhalten. Nun erst recht zum Verband, muß es heißen, für eine anständige Bezahlung und ebensolche Behandlung. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen. Die Versammlungen finden von nun ab regelmäßig alle 14 Tage statt, und zwar vormittags 10 Uhr im „Goldenen Rad“. Die nächste Versammlung findet am 6. September statt.

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Hagen i. W. Unsere Zahlstelle (M. und W.) hielt am Samstag, den 15. August, eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Arbeitersekretär Wager-Hagen einen instruktiven Vortrag über das neue Vereins- und Versammlungsrecht hielt. Eine sehr rege Diskussion schloß sich demselben an. Alle waren sich in derselben einig, daß das neue Vereinsgesetz gegenüber dem jetzigen Zustand ein Fortschritt sei. Aber auch, daß in dem neuen Gesetz Bestimmungen Platz gefunden haben, die der organisierten Arbeiterchaft sehr viele Schwierigkeiten bereiten, und daß die Arbeiterchaft alle Verantwortung hat, besonders gegen die §§ 12 und 17 auf das Entschiedenste zu protestieren. Des weiteren gab Kollege Janz einen kurzen Bericht über das Vorgehen der Genossen und über den angeblichen Streikbruch der Christlichen in Wetter. Derselbe gab auch einige Glanzleistungen des Genossen Seydewitz aus dem „Grundstein“ zum besten, die große Heiterkeit verursachten. Es wurde von einigen Kollegen der Vorschlag gemacht, diesen komischen Akt auf unserm am 19. September stattfindenden Neutretenabschiedsfeiern im humoristischen Teil zu verwenden. Doch Scherz beiseite; die Kollegen waren der Ansicht, es müßten uns die Spalten unserer „Baugewerkschaft“ zu schade sein, um sie mit Erwidrerungen auf derartigen Schmutz, wie ihn der Genosse Seydewitz im „Grundstein“ verzapft, zu verschwenden. Wir haben nichts dagegen, wenn den Leuten des „Grundstein“ derartige geistige Kost vorgelegt wird, wollen aber nicht in denselben Fehler verfallen. Es wurden noch mehrere recht interessante Fälle zur Sprache gebracht, besonders auch festgestellt, daß unsere hiesige Zahlstelle trotz der unangünstigen Baukonjunktur in diesem Jahre recht gute Fortschritte macht. Mit dem Wunsche, daß die nächste Versammlung noch besser besucht werde, schloß der Vorsitzende um 12 Uhr die Sitzung. — Kollegen, an uns liegt es, die Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in immer weitere Kreise hinauszutragen, immer mehr für den Ausbau unseres Verbandes Sorge zu tragen, denn derselbe hat in seinem zehnjährigen Bestehen bewiesen, daß unsere Interessen nicht mit leeren Worten sondern in der Tat wirksam vertreten werden. Deshalb immer vorwärts, nimmer rückwärts für die Interessen des Arbeiterstandes.

Hagen. Am 18. August fand unsere monatliche Mitgliederversammlung statt, welche besser hätte besucht sein können. Zunächst wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Aus der Wahl ging hervor: Kollege Paul Tschabach als erster, Heinrich Hamacher als zweiter Vorsitzender; Sebastian Meyer als erster, Koll. Bacher als zweiter Kassierer; Wilh. Meyer als erster und Ed. Weilen als zweiter Schriftführer. Den Bericht über die Ausübung gab Koll. Theilen. Der Bericht vom Kartellfeiern wurde vom Koll. Bacher erstattet, der mit Besriedigung entgegengenommen wurde. Sodann fand noch die Wahl eines Revisors statt; als solcher wurde Koll. Janzen gewählt. Koll. Bacher hat, daß die Kollegen mehr für einander eintreten und bejorgt sein möchten, indem sie stets die ihnen bekannten offenen Arbeitsstellen sofort dem Sekretariat mitteilen möchten, damit den arbeitstunenden Kollegen Arbeit nachgewiesen werden könnte. Gerade der Arbeitsnachweis sei ein gutes Mittel, um das Vertrauen zu der Organisation zu stärken. Ferner ermahnte er alle einmütigen Kollegen, für die Zukunft an der Stärkung unserer Zahlstelle mitarbeiten zu wollen; besonders auch der Arbeitsstelle nach dem Rechten zu gehen und Bauschlepparbeiten zu übernehmen. Ferner auch bedacht zu sein, daß durch Kontrolle der Bücher die Kollegen angehalten werden, ihrer Organisationspflicht nachzukommen. Gerade wir, die Madaguer Kollegen, sollten unseren Stolz darin sehen, ein gut angelegtes Rechnungswesen zu haben. Dieses aber einzuführen und zu erhalten, bedarf der Mitarbeit aller Kollegen. Wegen die Kollegen daher diese Worte beherzigen und in die Tat umsetzen.

Hagen, 16. August 1908. Heute fand eine Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Der Kassierer gab den

Kassenbericht vom zweiten Quartal. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Des weiteren fand Ergänzungs-wahl des Vorstandes statt. Es wurden gewählt resp. wiedergewählt: als erster Vorsitzender Kollege Ludwig Jung, als zweiter Kollege F. Krubewig; als erster Kassierer Koll. Schnaderz, als zweiter Koll. W. Busch einstimmig gewählt; Koll. Struben als erster und Koll. Bouffied als zweiter Schriftführer; zu Kassenrevisoren die Kollegen Joh. Bouffied und H. Palm. Der erste Vorsitzende Jung dankte für das Vertrauen der Kollegen, ermahnte aber auch alle, wie bisher treu mitzuarbeiten. Nicht daß die Vorstandsmitglieder alles allein tun sollten, und die übrigen Kollegen hielten es nicht einmal für nötig die Versammlungen zu besuchen. Kollege J. Beder referierte Johann über „Bauarbeiterchutz“. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß der Bauarbeiterchutz während der knappen Bau-tätigkeit viel zu wünschen übrig lasse. Auf den verchiedensten Baustellen sieht es in dieser Hinsicht geradezu traurig aus. Die alte Forderung nach Baukontrollen, die aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen seien, müsse immer wieder von neuem erhoben werden. Solange aber diese Forderung nicht verwirklicht sei, dürfe die Selbsthilfe nicht erlahmen. Die hohe Anzahl der Unfälle sei eine ernste Mahnung. Die Kollegen müßten Mißstände auf den Baustellen sofort den Vertrauens-leuten melden, damit Abhilfe geschafften würde. Nachdem der Kollege Jung nochmals daran erinnerte, daß die regelmäßigen Mitgliederversammlungen jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, stattfinden, und er nochmals alle Kollegen ermahnt hatte, die Versammlungen fleißig zu besuchen, schloß er die interessante verlaufene Versammlung.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Mietschiedsgerichte. Streitigkeiten aus dem Mietverhältnis gehören namentlich in den größeren Städten zu einer ständigen Erscheinung und beschäftigen auch oft die Gerichte. Um solche Mietsstreitigkeiten und Prozesse zu verhindern oder wenigstens wesentlich einzuschränken, ist seit zwei Jahren in Solingen eine Einrichtung getroffen worden, die sich bisher sehr günstig entwickelt hat; durch Uebereinkommen zwischen dem Haus- und Grundbesitzerverein und dem Mieterverein wurde ein Schiedsgericht für Mietsstreitigkeiten eingesetzt, vor welches nach einer in den Mietverträgen aufgenommenen Klausel alle Streitigkeiten gebracht werden müssen. Erst wenn das Schiedsgericht keine Einigung zwischen den Parteien erreicht hat und dies schriftlich bestätigt, kann eine Klage bei dem ordentlichen Gericht eingereicht werden. Durch dieses Schiedsgericht in Wohnungsangelegenheiten ist eine wesentliche Verminderung der Prozesse erreicht worden und zugleich wurde zwischen Vermietern und Mietern ein besseres Verhältnis hergestellt. Solche Miets-schiedsgerichte lassen sich auch in anderen Orten zum Vorteil von Hausbesitzern und Mietern einrichten.

Gerichtliches.

Argenau. (Nachwehen der Auslieferung.) Vor dem Schöffengericht in Hohenfelsa hatten sich fünf Kollegen wegen groben Unfugs zu verantworten. Die Kollegen standen am 21. April d. J. als Streikposten auf dem Bahnhof in Argenau, als die Unternehmer Lenz und Nippe mit einer Kolonne Arbeitswilliger von Thorn ankamen, die nebenbei gesagt, sämtlich sozialdemokratisch organisiert waren. Es ist selbstverständlich, daß die Streikposten die Arbeitswilligen aufzuhalten versuchten, denn das ist ihr gutes Recht. Das trug ihnen eine Anklage wegen groben Unfugs ein. Ein Polizeibeamter, der Stationsvorsteher und die beiden Unternehmer fungierten als Zeugen. Die Kollegen wurden verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es:

Unter den Maurern und den Zimmerleuten in Argenau war im April 1908 ein Streik ausgebrochen. Die Baugewerksmeister hatten sich deshalb umgetan, um von anderer Arbeiter zu erlangen. Um zu verhindern, daß ihnen solche aber halb wieder abspenstig gemacht würden, waren die Baugewerksmeister Nippe und Lenz am 21. April 1908 selbst nach Thorn gefahren, und kamen mittags mit einer Anzahl Arbeiter auf dem Bahnhof in Argenau an. Dasselbst hatten sich die Angeklagten eingefunden, um die ankommenden Arbeiter zu bewachen, Arbeit bei jenen Meistern nicht anzunehmen. Der Angeklagte Czajka kam ebenfalls mit dem Mittagszuge aus Thorn in Argenau an und teilte durch laute Rufe bei Einlaufen des Zuges den Streikposten mit, daß Arbeiter mit dem Zuge ankämen. Obwohl durch den Bahnhofsvorstand die beiden Arbeiter nicht offenstehenden Pforte den Bahnhof verließen, eilten doch die Streikposten herbei und unter lautem Schreien und Rufen suchten sie die Arbeiter davon abzuhalten, mit den Baugewerksmeistern nach deren Grund: Rücken zu fahren. Tatsächlich gelang es ihnen auch, den Meistern vier jener Arbeiter abwendig zu machen. Bei diesem Schreien und Rufen, wobei sie nicht nur die angekommenen Arbeiter und die Meister durch ihre Dazwischentreten und die Drohungen belästigten, sondern auch das übrige Publikum in seinem Sicherheitsgefühl störten, taten sich hervor die Angeklagten Lewandowski, Braun und Wojciechowski. Der Angeklagte Scheidel beschimpfte noch besonders den Polizeiwachmeister Ehret, als die Wagen mit den Arbeitern vom Bahnhof bereits abfahren. Sämtliche Angeklagten haben auch in gewolltem und bewußtem Zusammenwirken gehandelt. Demgemäß ist tatsächlich festgestellt worden: daß die Angeklagten am 21. April 1908 zu Argenau gemeinschaftlich groben Unfug verübt haben. In Anwendung der §§ 360, 11, 47 St.-G.-B. erschienen die erkannten Strafen von dreißig Mark gegen Lewandowski, Braun und Wojciechowski, sowie von fünfzehn Mark gegen Czajka und Scheidel angebracht und angemessen.

Von den Arbeitsstellen.

Berlin. Der schwere Bauunfall auf dem Neubau des neuen Operntheaters am Schiffbauerdamm gelangte am 26. August vor der dritten Ferienkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Wegen schlagartiger Körperverletzung war der Ingenieur Samuel Boh angeklagt. Im Frühjahr v. J. wurde die Ausführung des Baues des Neuen Operntheaters auf den Grundstücken Schiffbauerdamm 25 und 26 in Angriff genommen. Zum Aufwinden von Steinen, Mörtel und anderen Baumaterialien hatte die Firma Boh & Walker in der Koloniestraße einen großen elektrisch betriebenen Lastkran errichtet. Der Kran, an dem sich eine Art Fahrstuhl zur Beförderung der Lasten befand, war am 20. Juni bis zu einer Höhe von 25 Metern fertigmontiert. Gegen Mittag arbeiteten der Monteur Hymann und der Hilfsarbeiter Jantshuhn an den eisernen Verbindungsstellen, als beide bemerkten, daß der turmartige Aufbau ins Wanken geriet. Beide erkannten die große Lebensgefahr, in der sie schwebten, und versuchten, durch schnelles Hinunterklettern sich in Sicherheit zu bringen. In diesem Augenblick stürzte der Turm mit einem donnerähnlichen Krachen nach der Wasserfront um. Durch den niederstürzenden Kran wurde das Pferd einer auf der gegenüberliegenden Seite stehenden Droßke so schwer verletzt, daß es erschossen werden mußte. Eine davor haltende Droßke ging in

Trümmer. Als sich der Staub verzogen hatte, sahen die Zeugen, daß unter den Eisenrännern die zwei Arbeiter zuletzt auf dem Kran gearbeitet hatten, begraben waren. konnten erst durch die Feuerwehr befreit werden. Zunächst einen schweren Knöchelbruch erlitten, während Hymann leichteren Verletzungen davonkam. Der Bericht machte der Klage geltend, daß er für die Ausführung des Kranbaues als zuverlässig erprobten Montagemeister angestellt habe. dieser verweist, habe er einen gewissen Gräse zu seiner Betreuung beordert. Er (Angeklagter) sei damit einverstanden gewesen, da ihm Gräse von seinem Montagemeister als zu empfehlen worden war. Durch die Beweisaufnahme sich, daß Gräse wiederum den mitterunglückten Hymann von Beruf Schieferdecker ist, mit der Ausführung betraut. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte nicht für den verantwortlich zu machen sei, da er die Ausführung beauftragt einem ihm als zuverlässig empfohlenen Monteur übertragen habe, für dessen Befehlen oder Nachlässigkeiten er einzustehen brauche. Obwohl die Sache zweifelhaft liegt, das Gericht zugunsten des Angeklagten eine Fahrlässigkeit seitens nicht angenommen und deshalb auf Freisprechung er

Maurereinfuhr in Woskou. In Chelsea, der Vorstadt Boston, stürzte am 26. August eine stehengebliebene eines der Häuser ein, die bei dem großen Brande vor ein Monaten zerstört worden sind. Dabei wurden zwölf Menschen getötet und sechzehn verwundet, unter ihnen mehrere Die meisten Verunglückten sind alte Leute, die beim Entsaubern in dem Stadtteil, dessen Wiederaufbau bevorstehend beschäftigt gefunden hatten.

Literarisches.

Die christlichen Gewerkschaften. Arbeiter-Bibliothek 2. 1.—10. Tausend. M.-Glabach 1908. Verlag der „Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ G. m. b. H. Preis 40 Pf. — In h. Vorbemerkung. I. Kapitel: Die Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften. I. Die sozialen Bestrebungen auf katholischer Seite. II. Die sozialen Bestrebungen auf evangelischer Seite. 2. Kapitel: Die Entstehung der christlichen Gewerkschaften. I. Entstehungsgründe. II. Anfänge gewerkschaftlicher Organisationen im Lager der christlichen Arbeiter. III. Die ersten gewerkschaftlichen Gründungen im Lager der christlichen Arbeiter. 3. Kapitel: Die Klärung des Programms der christlichen Gewerkschaften in ihrer geschichtlichen Entwicklung. I. Die erste Zeitphase. II. Der sog. Neutralitätsstreit. III. Die katholischen Fachabteilungen. IV. Der sog. „Rollestreit“. 4. Kapitel: Grundlegenden Prinzipien der christlichen Gewerkschaftsbewegung. 5. Kapitel: Die Organisation der christlichen Gewerkschaften. 6. Kapitel: Die Leistungen der christlichen Gewerkschaften. 7. Kapitel: Erfolge und Aussichten der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Anhang (Tabellen). Literatur. — Innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung bedeutet die Gründung christlichen Gewerkschaften eine epochenmachende nationale Eroberung aller Schwierigkeiten und Kämpfe in eigenen Lager aller Hemmnisse und Anfeindungen von außen sind die christlichen Gewerkschaften seit einem Jahrzehnt ihren Weg aufwärts gegangen und bilden in ihrer kraftvollen geschlossenen Organisation einen bedeutsamen Faktor des deutschen Wirtschaftslebens. Werdegang der christlichen Gewerkschaften, ihre Grundzüge, Organisation und Bedeutung zu schildern ist der Zweck der nun in neuer Bearbeitung vorliegenden Broschüre. Sie wendet nicht bloß an die beteiligten Arbeiter, sondern will auch weiteren Kreisen manches noch vorhandene Mißverständnis beseitigen und der christlichen Gewerkschaftsbewegung allenthalben in der öffentlichen Meinung die Anerkennung und Würdigung verschaffen, die ihr gebührt.

Bekanntmachung

des Vorstandsvorstandes.

Die bisherigen Quittungen über eingesandte Gelder die Hauptkasse fallen fort. In Zukunft werden die Geldungen in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und an wöchentlich.

Geldentwendungen für die Hauptkasse sind nur an Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Nüdersdorfer Str. zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabsch anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 24. bis 30. August 1908 sind folgende Beiträge eingegangen:

- Für Beiträge und Eintrittsgelder: Burghard 160,86 M., Cella 200,— M., Kleintz 1,70 M., Reddinghausen 583,77 M., Rheinbrohl 4,45 M., Staffle 31,45 M., Weller 2,— M., Dill 150,— M., Dirschau (M.) 168,85 M., Glogau 64,— M., So 27,47 M., Frankfurt 685,75 M., Glabbed 520,— M., Heils 240,82 M., Rheine 200,— M., Wachen 600,— M., Düssel 1000,— M., Frielingsdorf 167,80 M., Suttrop 21,— M., Woc 711,47 M., Dorghorst 26,58 M., Wilhelmshafen 100,— M., Reddinghausen 5,40 M.
- Für Futtermittel: Reddinghausen 3,30 M., Soldau — 1
- Für Stempel: Wenschau 4,90 M., Greden 2,45 M.
- Für Protokolle: Bochum 75,— M.
- Ueberschüssige Streikunterstützung: Woc 6,83 M.

Bekanntmachungen.

Die Verträge von Rheinland und Westfalen können von heute ab von den Verwaltungsstellen durch ihre Vertreter bezogen werden.

Ausgeschlossen wegen Streikbruch wurde das Mitglied Fr. Reuschel (Maurer), Buch-Nr. 4585, von der Zahlstelle Köln.

Duisburg. Der Arbeitsnachweis ist geöffnet täglich 11 1/2—1/2 Uhr, des Sonntags von 12—1 Uhr und befindet sich Ruhrortter Straße 153. Die Verbandsmitglieder werden gebeten regen Gebrauch davon zu machen.

Storbekanntmachung.

Am 26. August starb unser treuer Kollege Karl Bömer infolge eines Unglücksfalles beim Bahnfahren. Zahlstelle Wesel.
Am 27. August starb unser Mitglied Gerhard Gesefort im Alter von 34 Jahren an Lungenleiden. Zahlstelle Haren a. d. Ems.
Chre ihrem Andenken!

Achtung!

Sonntag, den 13. September, abends 8 Uhr, findet in Vereinslokale eine außerordentliche Versammlung statt, wozu alle Kollegen eingeladen werden.